

Am vergangenen Dienstag fand in der Aula der Schöneßer Schule eine Bürgerversammlung zum Thema „Windkraftanlagen“ statt. Schon vor Beginn der Veranstaltung musste die Bestuhlung erweitert werden: dieses Thema stieß auf so viel Interesse, dass noch deutlich mehr Bürger die Gelegenheit wahrnahmen, als erwartet. Schöneßers Bürgermeister Reinhard Kreuzer begrüßte die Besucher und versprach eine Veröffentlichung der Umfrageergebnisse zum Thema, sobald diese ausgewertet sei. Im Anschluss übernahm Stadlerns Bürgermeister Gerald Reiter das Wort und erläuterte den aktuellen Sachstand zur Ausweisung der relevanten Windkraftflächen. Bedauerlicher Weise erhalte man kaum Unterstützung vom Landkreis Schwandorf, beklagte der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft. Es gebe einige Problematiken, ohne deren Klärung eine Ausweisung geeigneter Flächen schwierig sei, beispielsweise das „Grüne Band“, für das es keine klar definierten Grenzen gebe. Ohnehin ist es bereits jetzt schon kompliziert, da sich die Erkenntnisse über geeignete Flächen stetig ändern.

Unabhängig davon hat man sich in der Verwaltungsgemeinschaft darauf verständigt, für die gesamte VGem ein gemeinsames Gebiet auszuweisen. Vom Planungsverband abgesehen, stellt dies trotzdem eine Herausforderung dar. Mit der Orientierung an Kriterien wie Abständen zur Wohnbebauung oder Wasserschutzgebieten allein ist es nicht getan. Jedes der angedachten Gebiete hat Vor- und Nachteile: Wasserquellen, Lärmbelästigung oder Schattenwurf. Dennoch ist es wichtig, vonseiten der Gemeinde ein Gebiet auszuweisen, da sich die Regierung bei Nichteinhaltung legitimiert sieht, mögliche Standorte in der gesamten Region in Eigenregie zu bestimmen. Mit der Ausweisung erhält sich die Verwaltungsgemeinschaft mutmaßlich wenigstens etwas Einfluss auf die Ausgestaltung der Windkraft. Nach den Informationen zum derzeitigen Stand trat man umgehende in den Bürgerdialog ein.

Zahlreiche Wortmeldungen machten deutlich, dass viele Bürger der Windkraft mindestens skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstehen. Die Verantwortung für das Procedere sehe man in der „großen Politik“, die in diesem Fall an der Demokratie vorbei handelt, hieß es in Zwischenkommentaren. Eine Wortmeldung beinhaltete die Bitte an die Bürgermeister, sich mit anderen Gemeindeoberhäuptern zusammenzuschließen, um gemeinsam gegen die Regierungspläne zu protestieren und erntete dafür Applaus.

Die Bürger nutzten auch die Gelegenheit, Fragen zu stellen. So war von großem Interesse, ob es sich um ganze Windparks oder einzelne Windräder handeln werde. Auch der Mindestabstand der Anlagen zu Wasserschutzgebieten, die allgemeinen Kriterien zur Flächenauswahl, Mindestflächen, einzuhaltende Fristen, welcher Investor den Zuschlag erhält und der Windertrag in der Region wurden erfragt. Dass die Region insbesondere in den Höhenlagen einen hohen Windertrag hat konnte eindeutig bejaht werden. Auf die weiteren Fragen gab es kaum befriedigende Antworten, da sich die Kriterien diesbezüglich entweder stetig ändern, abhängig von anderen Entwicklungen sind oder sich dem Einflussbereich der Kommunen entziehen.

Allerdings konnten die Investoren mit der Firma Galileo, dem Unternehmen Windkraft 18 und einem neugegründeten hiesigen Unternehmen klar benannt werden. Was die Sorge um Natur- und Tierschutz anbelangte, teilten die Bürgermeister mit, dass die entsprechenden Stellen noch hinzugezogen werden. Und natürlich waren auch die Stromkosten Thema, die sich ohne Windkraftanlagen definitiv erhöhen werden, da es bereits beschlossene Sache sei, die Netzentgelte in Regionen ohne Anlage zu erhöhen, wie ein Teilnehmer beitragen konnte.

Die Frage, ob es sich in den Gebieten, die zur Ausweisung angedacht sind, um private oder Gemeindeflächen handle führte zu einer Diskussion im Publikum. So entfachte eine Debatte um die Option, von privater Seite die Flächen nicht für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen. Eine Grundbesitzerin aus der Reihe der Bürger, dass sie die Angebote der Investoren bereits abgelehnt

hätte. Gründe dafür seien zum einen, dass die Gegend mit solchen Anlagen noch unattraktiver würde, auch für den Tourismus. Zum anderen müssten die Verträge genauestens überprüft werden, da die Kommunikation alleine häufig zu Trugschlüssen bezüglich der Rendite führe. Eine weitere Debatte entstand, ob es geschickter sei, mehrere kleine Flächen auszuweisen, um die Region für Investoren wenig attraktiv zu gestalten.

So wurden über den Abend pro und contra aus Bürgersicht dargestellt, wobei die Argumente für die Windkraftanlagen überschaubar waren: „wir kommen eh nicht aus“ über die Angst vor einer weiteren Strompreiserhöhung beschränkte sich diese Seite auf den einzigen Fakt des Windertrags.

Auf der Contra-Seite hingegen zeigten sich sowohl faktische Argumente, als auch Ängste und Sorgen. Geringe Rendite aus schlechten Verträgen stünden in keinem Verhältnis zum dem Entsorgungsproblem, insbesondere bei einer Insolvenz des Investors. Stattdessen würde der Tourismus noch mehr erschwert und die Immobilienpreise unter der Errichtung der Anlagen leiden, so eine Zusammenfassung der Thesen. Auch das Argument der fehlenden Energie wurde mit einer Erklärung über Phantomstrom entkräftet. In diesem Zusammenhang gab eine weitere Bürgerin zu bedenken, dass auch der Betrieb von Windradmotoren Strom benötige.

So wurden hier Vorbehalte bezüglich fehlender Stromleitungen geäußert, die durch weitere Abholzungen, Grabungsarbeiten oder gar Sprengungen, nebst Zufahrtswegen und Flächen für die Anlagen selbst, noch mehr Schaden in Natur und Landschaftsbild anrichten. Außerdem gehe von den Anlagen eine Gefahr für sämtliche Wasserreservoirs aus, auch für die in Nachbargemeinden. Gefährdet seien dann auch die Tiere, insbesondere die bedrohten Arten, die in unserer Region durchaus zu finden sind. Manch einer fürchtete auch eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit: so sei unter anderem Bisphenol A einer der gesundheitsgefährdenden Stoffe, der durch Windräder in die Umwelt und damit in den Körper gelangt. Doch auch Infraschall und Schattenwurf wurden als für die Gesundheit schädlich genannt.

Zum Ende hin wurde noch die Frage gestellt, wie es um die Meinung der Stadt- und gemeinderäte in den Kommunen bestellt sei. Bürgermeister Kreuzer verwies auf die kommende Sitzung der Räte, in der über die Angelegenheit beraten wird. Bürgermeister Reiter versicherte noch die Bekanntgabe der Umfrageergebnisse nach der vollständigen Auswertung.